

II-3658 der Beflagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 28. April 1978

Stubenring 1  
Telephon 343535X 7500

Zl. IV-50.004/10-1/78

1688 IAB

1978 -04- 28

zu 1716 13

### B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Mag. HÖCHTL  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
ein Verbot von Fluorkohlenstoff in Öster-  
reich (Nr. 1716/J-NR/1978)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich fol-  
gende Fragen gerichtet:

- "1) Hat man sich seitens des Bundesministeriums für  
Gesundheit und Umweltschutz mit der Frage der Ge-  
fährlichkeit von Fluorkohlenstoff für die Gesund-  
heit schon befaßt?
- 2) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- 3) Wenn nein, werden Sie diesbezügliche Expertisen  
einholen?
- 4) Werden Sie die Produktion von Alternativprodukten  
fördern?
- 5) Ist seitens des Bundesministeriums für Gesundheit  
und Umweltschutz an die Erlassung eines Verbotes von  
Produktion und Vertrieb von Fluorkohlenstoff in  
Österreich gedacht?"

- 2 -

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.):

Ja.

Zu 2.):

Im Hinblick darauf, daß die Fluorkohlenwasserstoffe einen Abbau der stratosphärischen Ozonschicht verursachen und somit ein weltweites Problem darstellen, ist nur eine Zusammenarbeit auf internationaler Basis zielführend.

In diesem Zusammenhang verfolgt mein Bundesministerium auch die auf Grund von nationalen und internationalen Initiativen durchgeführte Forschungstätigkeit mit großer Aufmerksamkeit.

Hiebei ist hinsichtlich der Frage konkreter Auswirkungen für die Gesundheit als Folge einer Zerstörung der Ozonschicht durch Fluorkohlenwasserstoffe festzustellen, daß Vermutungen wie die Verursachung von Hautkrebs, Wetterveränderungen und Strahlungsschäden im derzeitigen Stadium noch als hypothetisch anzusehen sind. Welche eventuellen Beeinträchtigungen der Gesundheit durch eine Zerstörung der Ozonschicht durch Fluorkohlenwasserstoffe entstehen können, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissenschaftlich exakt nicht beantwortet werden und wird eine weitere intensive Forschungstätigkeit notwendig machen.

Direkte Gesundheitsschädigungen durch die Anwendung von Fluorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Spraydosen sind bisher in der medizinischen Literatur nicht bekannt geworden; durch die weltweite zahlreiche Verwendung, auch im medizinischen Bereich, z.B. zur breitflächigen Anwendung diverser Dermatika, kann mit großer Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß direkte Hautschädigungen nicht zu erwarten sind.

- 3 -

Zu 3.):

Entfällt im Hinblick auf die Beantwortung der Frage 2.

Zu 4.) und 5.):

Wie bereits eingangs ausgeführt wurde, ist zur Lösung eines solchen weltweiten Problems nur eine Zusammenarbeit auf internationaler Basis zielführend.

Auf Grund von nationalen und internationalen Initiativen wurden auf den Gebieten der Erforschung physikalisch-chemischer Prozesse in der Stratosphäre, insbesondere der Vorgänge im Ozonschild, große Fortschritte erzielt, die eine genauere Abschätzung des tatsächlichen Ausmaßes des Ozonabbaues ermöglichen.

Diese Arbeiten stellen eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der Situation und für die weitere Planung dar.

Österreich arbeitet im Rahmen internationaler Organisationen, wie z.B. UNEP und OECD, die sich mit dieser Angelegenheit eingehend befassen, an der Erstellung eines Maßnahmenkataloges zur Lösung dieses Problems mit.

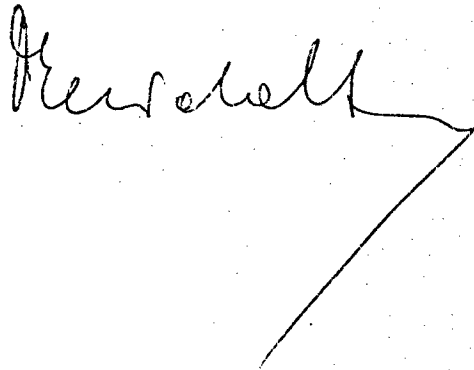
Diese Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen erscheint deshalb so wesentlich, weil eine Beschränkung oder ein Verbot der Erzeugung und des Vertriebs von Fluorkohlenwasserstoffen grundsätzlich nur im Rahmen eines koordinierten Vorgehens aller Staaten und einer internationalen Harmonisierung der zu ergreifenden Maßnahmen zielführend sein kann.

Auf nationaler Ebene hat mein Bundesministerium bereits Kontakte mit anderen Ressorts zur Feststellung von

- 4 -

deren kompetenzrechtlichen Möglichkeiten, eine Beschränkung oder ein Verbot von Erzeugung und Vertrieb der Fluorkohlenwasserstoffe zu erlassen, hergestellt. Im Rahmen einer eingehenden Prüfung dieses Problemkreises wird auch die Frage der Empfehlung ausgewählter Alternativprodukte mitbehandelt werden.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Plasshof', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right and then curving downwards.